



Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)
20. November 2018, 9 Uhr und
21. November 2018, 9 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

Antrag Nr. 377 (S 273): Zuschusserhöhung Krebsberatungsstelle (SPD)

Antrag Nr. 378 (S 273): Krebsberatungsstelle (Diakonisches Werk und AWO) (GRÜNE)

Antrag Nr. 379 (S 273): Krebsberatung von AWO und Diakonie - Zuschusserhöhung zum Defizitausgleich (Die Linke)

Stadträtin Melchien (SPD): Wir alle haben uns im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen intensiv und eingehend mit der Finanzierung der Krebsberatungsstelle auseinandergesetzt. Zunächst muss ich vorwegnehmen: In unserem Antrag stehen noch 10.000 €. Es war allerdings die Forderung, zusätzlich zu den 48.000 €, von denen wir dachten, die Verwaltung stelle sie ein, weitere 10.000 € zu gewähren. Deshalb müssen wir jetzt, wenn wir über den SPD-Antrag abstimmen, über 58.000 € für die Krebsberatungsstelle von AWO und Diakonischem Werk abstimmen.

Das Ergebnis des runden Tisches mit Verwaltung, Trägern und der Politik war eindeutig. Gerade vor dem Hintergrund, dass die angekündigte Regelfinanzierung eben nicht vor 2020 kommt, ist zumindest bis dahin eine Erhöhung der Mittel dringend geboten. Dieser jetzt geänderte vorliegende Antrag der SPD entspricht exakt der Summe, die fachlich intensiv geprüft und als notwendig von der Verwaltung bestätigt wurde, um sicherzustellen, dass die gemeinsame Krebsberatungsstelle von AWO und Diakonischem Werk ihre wichtige Aufgabe für die Betroffenen gut erfüllen kann.

Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Nach Beratung in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses gab es ein Umdenken innerhalb der GRÜNE-Fraktion. Wir gehen mit der SPD: 48.000 € plus 10.000 €.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Dann gehen wir auch mit dem Betrag mit, damit es einheitlich ist.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Nachdem es einige Unklarheiten gab, die in der besagten Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses ausgeräumt wurden, werden wir uns jetzt, nachdem das nicht eingestellt ist, dem SPD-Antrag anschließen.

Der Vorsitzende: Gut, dann rufe ich gemeinsam auf die **drei Anträge, vereinheitlicht auf die Förderungssumme von 58.000 €**. Wir haben das alle so verstanden, dass Sie das für die Jahre 2019 und 2020 einstellen und wir ggf. anschließend noch einmal schauen müssen. – Das sehen Sie auch so. Dann stelle ich das zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Das ist eine **Mehrheit dafür**.

(...)